

# Miechowiķer Zeitung

## Anzeiger für die Gemeindebezirke Miechowik, Karf und Kofiknik

Erscheint wöchentlich drei mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags. Bezugspreis pro Monat 0,10 Pfg. frei ins Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. pro Vierteljahr

Geschäftsstelle: Dittmann's Buchhandlung, Miechowik. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Jole Jarocki, Miechowik.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Colonellzeile oder deren Raum kostet 40 Pfennig. - Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt. Druck „Kurier“ G. m. b. H. Königsguthe - Kattowik.

Nummer 143.

Mittwoch, den 8. Dezember 1920

6. Jahrgang.

### Gefährliche Irrtümer.

Von Kammerpräsident Dr. Kleefeld.

— Berlin, 6. Dezember.

Die Volks- und Finanzwirtschaft der nachrevolutionären Zeit wird von einem gefährlichen Irrtum beherrscht. Dieser besteht darin, daß man glaubt, durch zahlenmäßige Finanzoperationen im Reichsstat die Wirtschaft- und Finanzlage des Landes zu bessern. Ebe nicht unsere Politik den Grundgedanken praktisch zur Durchführung bringt, daß die Finanzen lediglich den Bedarf des Agrarwerks decken, während das Ubrige durch die Wirtschaft gebildet wird, neuern wir einem nach jeder Richtung hin furchtbaren und in einigen Jahren soll zutage tretenden Versorgungsnotstand des deutschen Volkes und der deutschen Kultur zu. Ich habe dies eingehend schon vor längerer Zeit in meinem Buch über die Volkswirtschaft des deutschen Westeuropas behandelt.

Gerade unter diesen Gesichtspunkten kann nicht genug gewarnt werden, in irgend welchen Anleihe-Transaktionen, mag es sich um freiwillige oder Zwangsanleihen handeln im jetzigen Stadium der Entlohnung irgendeiner Heilmittel wesentlichen Wert haben zu wollen. Der Reichsstat für 1920 wird unbeschadet um die noch nicht erfolgte Forderung der Wiedergutmachungsansprüche mit einem Defizit zwischen 60 und 80 Milliarden abschließen. Dabei sind die Reichseinnahmen aus Steuern und Zöllen im Rechnungsjahr 1920 bereits eingezogen, darunter das Reichsnotgeld, dessen Gesamtsumme für 1920 auf 3 1/2 Milliarden geschätzt wird und dessen gesamtes Auskommen mit vielleicht 45 Milliarden gerechnet werden kann. Die Besitzsteuer ist mit 100 Millionen eingelegt, die Ertragssteuer soll 620 Millionen tragen.

Alle diese Rechennummern spielen gar keine Rolle gegenüber der fundamentalen Tatsache, daß wir angesichts des auch vom preussischen Ministerpräsidenten in seiner höchstwertigen Denkschrift nachgewiesenen Rückgangs unserer landwirtschaftlichen Produktion für etwa 100 Milliarden Markt ein Jahrbedarf zwecks befriedigender Regelung der Ernährungsfrage in Deutschland haben. Demgegenüber genügt unsere Ausfuhr nach keiner Richtung, selbst wenn dieselbe im April und Mai 1920 auf 6-7 Milliarden Papiermark gestiegen war und gleichzeitig zum ersten Male seit dem Kriege damals den Wert der Einfuhr überstieg. Sie enthielt aber einmal die unbezahlten, durch die Lebensmittelverknappung und die geringen Leistungen. Die gesamten Einnahmen sind jedoch gegenüber der gewaltigen Höhe unseres Einfuhrbedarfs um so weniger entscheidend, als sie angesichts der valutaren Verhältnisse an den Wert der Ausfuhr der Kriegszeit nach keiner Richtung hin heranreichen. Sachverständige haben die jetzige Ausfuhr auf höchstens den letzten Teil der Leistungen der Kriegszeit geschätzt.

Die augenblickliche Sachlage ist einfach folgende: Wir bräuden in ungeheurer Masse Papiergeld, ohne nach irgend einer Richtung hin in unserer Volkswirtschaft adäquate Produktionsgegenstände zu schaffen, wirtschaften im Staat, als ob wir noch der entwicklungsfähige Weltmarkt von 1914 wären, und haben allein für die Personalalotten der Staatsverwaltung zirka 1 1/2 Milliarden Markt jährlich aufzubringen. Außerdem aber gelangen, abgesehen von den Verpflichtungen des Friedensvertrages, die Reste des gesamten Volks- und Privatvermögens auf dem Wege allmählich ins Ausland, daß wir allein für die Ernährung des Volkes, die wir aus eigener Kraft höchstens noch für zirka 40 Millionen Menschen schlecht und recht aufbringen können, im Jahre 1920 100 Milliarden Markt zahlen müssen, wobei zu bedenken ist, daß die volle Auswirkung der trostlosen Lage der Landwirtschaft in dem bisherigen Rückgang der Ernteerträge noch nicht in vollem Umfange erfolgt ist. Demgegenüber geschieht nichts Wesentliches, um durch Leistungen und Erleichterungen an das Ausland dieses zu unserem Schuldner zu machen. Ebenso wenig sieht man auch nur Ansätze eines organischen Sparplans. Es muß daher mit der Sicherheit eines Naturgesetzes allmählich die vollständige Verpönerung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit erfolgen, wenn nicht endlich ein sicherer und fester sachlicher Kurs in der deutschen Wirtschaftspolitik genommen wird.

Nach einer Statistik gingen im Jahre 1917 in Deutschland rund 900 000 Arbeitskräfte durch Streik verloren, im Jahre 1918 waren es schon 4,9 Millionen und im Jahre 1919 ergab sich die gewaltige Zahl von 43,6 Millionen Arbeitstagen; dazu der schematische Achtstundentag usw. In unserer ganzen Wirtschaftspolitik aber völlige Unsicherheit, sachliche Planlosigkeit und der Horror vor der Zeit.

Man hat dem früheren Regime vorgeworfen, daß es unwahr gewesen und daß insbesondere dem Kaiser die wichtigsten Vorgänge verheimlicht worden sind. Warum findet niemand an verantwortungsvoller Stelle den Mut, dem Volke die volle Wahrheit zu sagen?

— Ein großes Feuer brach am Sonntag nachmittags 3 Uhr in den Eisenbahnwerkstätten in Bonaritz bei Königsberg (Litva) aus und zerstörte die Licht- und Kraftzentrale und zahlreiche Werkzeugmaschinen. Der Schaden wird auf annähernd 2 Millionen Markt geschätzt.

### Vertagung der russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

— Berlin, 6. Dezember. (Eigene Meldung.)

Der hiesige Schwelberrichter, Wiktor Kopp erhielt Rigasr Meldungen, wonach Sowjetrußland der polnischen Delegation die Vertagung der weiteren Friedensbesprechungen und die vorherige Verlängerung des Waffenstillstands um 2 Monate angetragen hat.

— Dammert meldet hierzu aus Warschau:

Wie wir aus diplomatischen Kreisen erfahren, hat Rußland bei den Verhandlungen in Riga den Vorschlag gemacht, den Waffenstillstand, der bisher mit einer Ründigungsfrist von 72 Stunden abgeschlossen war, auf weitere 2 Monate zu verlängern und zwar ohne Ründigungsfrist. Rußland erklärt, falls Polen diesem Vorschlag zustimme, sofort in eine Demobilisierung einzutreten. Im Laufe der Beratungen der polnischen Parteien wurde beschlossen, den Abg. Domski, bisheriger Vorsitzender der polnischen Friedensabordnung, zu bitten, im Interesse eines ungehinderten Fortganges der Friedensverhandlungen auf seinem Posten zu verbleiben; doch wurde die Notwendigkeit der Entsendung einer parlamentarischen Abordnung nach Riga beschlossen. Czerniewski hat mittels Funknachricht an Warschau schwere Vorwürfe über eine Unterklugung Petruszura und Belachowik gemacht, da sich Polen dadurch eine Verletzung des Waffenstillstandes in mehreren Fällen schuldig gemacht habe. Diese Note Czerniewski hat in Polen erhebliche Bestürzung hervorgerufen.

— Wie aus Genf berichtet wird, hat der ukrainische Bevollmächtigte Petruszewicz als Vertreter der Westmächte dem Völkerverbund eine Denkschrift vorgelegt, welche die Annäherung Litauens an die Tschechoslowakei verlangt.

### Die russischen Antibolschewisten im Ausland.

— Berlin, 7. Dezember. Der „Nul“, das Organ der Antibolschewisten in Rußland erhält folgende Meldung aus Paris: Die Beratungen von Dumangisgliedern und des russischen Reichsrats zur Bildung eines nationalen Zentrums in Paris dauern fort. Milukow ist nun auch in Paris eingetroffen. Er sowie Fürst Nowikow erklären, daß die bisherigen Methoden des Kampfes aufgegeben und mit der militärischen Diktatur gebrochen werden müsse. Milukow erklärte, daß man zur Bildung eines nationalen Zentrums einzelne Kräfte, unter Ausschaltung der reaktionären Parteien hinzuziehen müsse. In diesem Sinne dürfen nur jene Gruppen vertreten sein, die auf dem Boden der Märzrevolution von 1917 standen. Milukow wünscht den bewaffneten Kampf gegen die Bolschewisten mit Hilfe der im Innern Rußlands organisierten Kräfte, doch nicht solcher Kräfte, die durch Intervention aus dem Ausland nach Rußland geschickt würden. Im Ausland müsse eine großzügige Propaganda unter Leitung der russischen Auslandsorganisationen eingerichtet werden. Ein solcher Kampf verspreche einen ähnlichen Erfolg gegen den Parismus. Kerenski hat die Teilnahme an den Beratungen oder an der Bildung eines Blodes abgelehnt.

— Genf, 6. Dezember. Hier sind die Mitarbeiter der Regierung Petruszura, insgesamt 750 Personen eingetroffen und haben in 2 Wochen den Staatsrat der ukrainischen Republik mitgebracht, der bei der Gegenüberhaltung der polnischen Darlehensfasse deponiert worden ist. Demnächst soll Petruszura selbst nach hier kommen.

### Die Antwort Berlins.

— Berlin, 7. Dezember. (Eigene Meldung.) Die Rückreise des deutschen Botschafters ist auf Dienstag abend verschoben worden. Er wird der Friedenskonferenz die deutsche Erwiderung auf die Note hinsichtlich Oberschlesiens mitnehmen, die heute nach der Zustimmung des Reichstagsausschusses für das Äußere das Reichskabinet verfaßt.

### Der Riß im Völkerverbund.

— Genf, 7. Dezember. (Eig. Meldung.) Das „Echo de Paris“ meldet: Der argentinische Delegierte bezieht sich noch an den Verhandlungen, aber nicht mehr an den Abstimmungen in der Völkerverbundstagung. Bleibt der Delegierte bei dieser Stellungnahme, so bedeutet das tatsächlich die Passivität Argentiniens im Völkerverbund, der der Austritt folgen wird.

— Genf, 7. Dezember. (Eig. Meldung.) Laut einer Katastrophmeldung hat der Vertreter von Chile in der dritten Kommission der Völkerverbundstagung eine Erklärung abgegeben, die da-

rauf schließen lassen, daß die Frage der Ausgestaltung des Völkerverbundsstatuts und der Aufnahme neuer Mitglieder nachmals als Antrag der südamerikanischen Staaten die Völkerverbundversammlung vor ihrer Vertagung beschäftigen wird.

— Die Einladung nach Brüssel. Bei dem Vorparis ist am 5. Dezember folgende Note eingegangen:

„Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz mitzuteilen, daß die technischen Sachverständigen der Verbündeten sich am 13. Dezember vormittags in Brüssel zwecks vorläufiger Studien der Frage der Reparation vereinigen, die Deutschland nach dem Vertrag von Versailles zu leisten sich verpflichtet. Die Sachverständigen, die der Zahl nach für jedes vertretene Land betragen werden, werden Ihren Regierungen berichten. Das Protokoll ihrer Sitzungen wird der Reparationskommission mitgeteilt. Da die Sachverständigen der deutschen Regierung mit denen der verbündeten Mächte zusammentreten sollen, wäre ich Ew. Excellenz verpflichtet, wenn Sie mir, in Namen der Bevollmächtigten der deutschen Regierung mit der größten Begehrung mitteilen.“

### Die Danziger Regierung.

— Danzig, 7. Dezember. (Eig. Meld.) Die „Danziger Zeitung“ meldet: Die verfassunggebende Versammlung hat in ihrer letzten Sitzung die Regierung der freien Stadt Danzig und den Senat gewählt. Vorher erklärte sich die Versammlung unter dem Widerspruch der Unabhängigen, Weltrechtsforscher und Polen zum Vorklage. In der dann vorgenommenen Abstimmung wurde Oberbürgermeister Schum mit 68 Stimmen zum Präsidenten der freien Stadt Danzig gewählt. Die bürgerlichen Parteien haben durch die bewußte Ausschaltung der sozialdemokratischen Partei für die nächste Zeit die Verantwortung für die Regierung allein übernommen.

### Fürst Konstantin gewählt.

— Zürich, 7. Dezember. (Eigene Meldung.) Der „Corolo“ meldet aus Athen: Bis Sonntag früh sind 510 000 Stimmen gezählt worden. Für die Rückkehr des Königs sind 481 000 Stimmen abgegeben worden. Saloniki hat gegen die Rückkehr gestimmt, ebenso Areta. Ein Drittel der Ergebnisse steht noch aus.

— Genf, 7. Dezember. (Eigene Meldung.) Nach einer Meldung aus Athen hat der griechische Ministerpräsident nach dem Ausfall der Volksabstimmung dem König Konstantin die Wiederantragung der griechischen Krone angesetzt. Bevor die Entscheidung des Königs eintreffen kann, sei die Vereidigung des Heeres auf den König Konstantin für den 10. Dezember angedeutet worden.

### Serenianna der Güter.

— Genf, 7. Dezember. (Eigene Meldung.) Laut „Matin“ sind zwischen Paris und London Verhandlungen erfolgt, die bisherige Entente als militärisch-politisches Bündnis aufzubauen.

### Der Kampf um die dritter Kabel.

— Genf, 7. Dezember. (Eig. Meld.) Nach Berichten Wältern wurde durch die internationale Telegraphenkonferenz in Washington der von Frankreich beantragte Verzicht auf die dritter Kabel zu zwei Dritteln an England und einem Drittel an Frankreich nicht entprochen. Es sollen neue Verhandlungen am 11. Dezember beantragen, sobald die Delegierten neue Instruktionen ihrer Regierungen erhalten haben.

### Die Steuern in einem polnischen Oberschlesien.

— In dem Aufsatz in Nr. 281 unserer Blätter haben wir gesagt:

Je besser es Oberschlesien geht, desto weniger bleibt ihm!

Je schlechter es Polen geht, desto mehr muß Oberschlesien an Warschau abliefern!

Unsere Aufgabe wird es nun sein, zu beweisen, daß diese Behauptung richtig ist. Wir wollen zunächst einmal annehmen, daß die Einnahmen Schlesiens wechselnder Natur sind, wegen der anderen einzuweisenden Zahlen feste Werte sind. Wir nehmen an, daß a) die Bewohnerzahl Schlesiens 2 Millionen ist, b) die Bewohnerzahl von Schlesien und Polen 30 Millionen, c) die Einnahmen Schlesiens 500 Millionen deutsche Mark = 2250 Millionen polnische Mark und d) die Einnahmen der polnischen Republik und Schlesiens 6000 Millionen und 2250 Millionen = 8250 Millionen sind.

### Einmütige Ablehnung durch den Reichstag.

— Berlin, 7. Dezember. (Eigene Meldung.)

Die am Montag abgehaltenen Fraktionsitzungen der Parteien des Reichstags haben sich übereinstimmend für eine geschlossene Kundgebung in der Dienstagsitzung des Ausschusses ausgesprochen, die sich gegen die bekannten Abstimmungsentschlüsse aussprechen soll. Die Unabhängigen und Kommunisten werden sich der Erklärung nicht anschließen.

Die Abstimmung soll weiter vertagt werden.

— Genf, 7. Dezember. (Eigene Meldung.)

Die Turiner „Stampa“ erfährt aus London, daß, falls Deutschland die getrennte Abstimmung für Oberschlesien nicht annehmen wird, die Alliierten die obereschlesische Volksabstimmung bis zur endgültigen Verhütung der politischen Lage in Oberschlesien vertagen wollen.

### 150 Milliarden Kriegsschadigung?

— Genf, 7. Dezember. (Eigene Meldung.)

Nach einer Meldung des „Temps“ ist die Londoner Konferenz über die Wiederherstellungsfrage nicht zum endgültigen Abschluß gebracht worden, sondern soll in Paris fortgesetzt werden. Das Blatt erfährt, daß die Höhe der alliierten Gesamtforderungen von 150 Milliarden Markt nicht herabgesetzt worden sei.

Führen wir diese Rechnung aus, so ergibt sich folgendes:

Schlesien behält von seinen Gesamteinnahmen 62,2 Prozent, Polen dagegen erhält 37,78 Prozent.

Nehmen wir nun an, die Einnahmen Schlesiens steigen auf 600 Millionen deutsche Markt gleich 2700 Millionen polnische Markt, dann erhalten wir:

Schlesien behält von seinen Gesamteinnahmen 60,07 Prozent, Polen dagegen erhält 39,93 Prozent.

Setzen wir diese Rechnung fort in der Weise, daß die Einnahmen Schlesiens auf 700, 800 Millionen steigen, so erhalten wir, daß Schlesien von seinen Einnahmen einen immer geringeren Prozentsatz behalten darf, wegen der, an Polen abzuliefernde Teil prozentual immer größer wird.

Im weiteren Verlauf unserer Erörterung wollen wir annehmen, daß die Einnahmen Polens sinken. Die anderen Werte sollen gleich, wie oben, bleiben. Nehmen wir nun an, daß die Einnahmen Polens sich auf 6 Milliarden belaufen, dann ergibt sich folgendes:

Schlesien behält von seinen Gesamteinnahmen 66,22 Prozent, Polen dagegen erhält 33,78 Prozent.

Nehmen wir an, die polnischen Einnahmen sinken auf 5 Milliarden Markt, dann ergibt sich:

Schlesien behält von seinen Gesamteinnahmen 60,75 Prozent, Polen dagegen erhält 39,25 Prozent.

Nehmen wir an, die polnischen Einnahmen sinken weiter auf 4 Milliarden Markt, dann ergibt sich:

Schlesien behält von seinen Gesamteinnahmen 59,24 Prozent, Polen dagegen erhält 40,76 Prozent usw.

Nach diesen Zahlenbeispielen steht unzweifelhaft fest, je schlechter es Polen geht, desto mehr muß Schlesien zahlen.

Die von der Warschauer Regierung aufgestellten Finanzformeln bezwecken also eine Verkopplung der polnischen und schlesischen Finanzen dergestalt, daß Oberschlesien stets für Polen die melkende Kuh ist. Schlesien hat von einem Aufblühen seines Wirtschaftslebens verhältnismäßig wenig, da es dann einen immer größer werdenden Teil seiner Einnahmen an Warschau abzuliefern hat. Geht es aber Polen schlecht, dann brauchen nicht die Kongresspolen und Galizier sich den Kopf zu zerbrechen, wie sie die Steuern aufzubringen haben, sondern Schlesien hat dann die Ehre, Warschau und Krakau auszuhalten.

# Um das Abstimmungsrecht.

Die Berliner Beratungen noch nicht beendet. — Meinungsverschiedenheiten. — Eine deutsche Antwortnote in Vorbereitung. Abstimmung bis zum 20. Januar.

Genf, 6. Dezember. (Eigene Meldung.) Der Vertreter des „Malin“ in Berlin meldet seinem Blatte, daß die deutsche Regierung über die Vorschläge der Entente für die Abstimmung in Oberschlesien einen Notenaustausch mit der Entente vorbereitet.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Meldung.) Die Beratungen im Reichskabinett über den Ententevorschlag in der oberschlesischen Abstimmung waren bei Abgang dieses Berichts noch nicht beendet. Die Zustimmung (?) des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, sowie des noch in Berlin weilenden deutschen Botschafters in Paris (zu dem Ententevorschlag?) gegen der Wahrscheinlichkeit kaum, daß die deutsche Entscheidung doch nicht so leicht zu sein scheint, wie nach der ersten, auf Ablehnung plädierenden offiziellen Verlautbarungen angenommen werden konnte.

Zürich, 6. Dezember. (Eigene Meldung.) Der „Secolo“ meldet aus London: Sofern die deutsche und polnische Zustimmung zu den Vorschlägen über Oberschlesien bis zum 13. Dezember nicht vorliegt, wird Lloyd George am 14. Dezember nach Paris reisen, wohin auch Graf Hrozka sich begibt. Die oberschlesische Abstimmung soll über den 20. Januar nicht hinausgeschoben werden.

Polen wartet die deutsche Antwort ab. Genf, 6. Dezember. (Eigene Meldung.) Der „Temps“ meldet aus Warschau: Die polnische Regierung wird ihre offizielle Antwort den Alliierten erst nach der deutschen Erwiderung stellen.

## Die Brüsseler Konferenz: 13. Dezember.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Meldung.) Der „Totalanzeiger“ meldet aus Lugano: Die Konferenz der Sachverständigen in Brüssel bezüglich der deutschen Wiederherstellung wurde laut „Corriere della Sera“ auf den 13. Dezember festgesetzt.

## Die Zwangsanleihe gesichert.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Meldung.) Nach Mitteilungen aus dem Reichstag haben sich für den Plan der Zwangsanleihe die Konservativen, Reichssozialisten und das Zentrum ausgesprochen. Die Zustimmung der deutschen Volkspartei soll sicher sein. Nach Gesprächen des Reichsfinanzministers Dr. Wirth mit Parlamentariern ist mit einer parlamentarischen Mehrheit für die Zwangsanleihe sowie für deren Einbringung schon im Januar kommenden Jahres zu rechnen.

## Die Einigkeit der Entente und der Riß im Völkerbund.

„Die Ministerpräsidenten sind miteinander zufrieden!“ erklärte der französische Ministerpräsident Lougeux bei seiner Abreise von London. Derartige Aeusserungen bedeuten immer eine weitere Bedrückung Deutschlands, besonders wenn sie von französischer Seite ausgehen. Wir haben also alle Ursache, auf der Hut zu sein, zumal alles darauf hindeutet, daß auch in anderer Hinsicht wieder ein besonderer Streich gegen Deutschland geplant ist, denn die Berliner Entente-Kommission bezieht uns fälschlich Ver Spiegelungen aus irgend welchen Gründen, über die sie sich selbst noch nicht klar ist. Fälschlich Ver Spiegelung zur Erlangung eines Vermögensvorteils kommt aber keinesfalls in Betracht, denn die Ver Spiegelung einer schlechten Ernte, von der die Entente spricht, würde keinesfalls bedenklich für die Hebung unserer Markt-Waluta sein und an der ist uns zur Zeit sehr viel gelegen, umso mehr als man bereits von einer weiteren Bedrohung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Deutschlands durch die Entente spricht.

Es ist ein äußerst gewagter Schritt, wenn die Entente-Kommission als einzigen Beweis für die falsche Ver Spiegelung die gute Weltermiete anführt, denn jeder Anfänger im volkswirtschaftlichen Studium weiß, daß Indien und Amerika eine ausgezeichnete Getreideernte haben können und daß zur gleichen Zeit in anderen Ländern eine Missernte ohne Gleichen verzeichnet werden kann. Es kommt sogar vor, daß in einzelnen Teilen Deutschlands die Ernte sehr gut und in anderen Teilen miserabel ist. Es liegt also weit mehr für uns als für die Entente ein Grund vor, über die Ursachen dieser neuen Anfeindung Deutschlands nachzudenken und ihren Beweggründe nachzugehen. Diese können sich noch den uns gemachten Erfahrungen nur in der Richtung bewegen, Deutschlands Aussehen noch weiter herabzusetzen, um einen bestimmten Zweck zu erreichen oder eine neue Maßnahme zu begründen, für die sich nur mit Subsidienahme solcher Mittel eine Handhabe finden läßt.

Die Erfahrung hat uns mißtraulich gemacht und das Mißtrauen, das sonst keineswegs als eine Tugend bezeichnet werden kann, ist unseren Staatsmännern zur Pflicht geworden, um auf Gegenmaßnahmen zu sinnen, bevor es zu spät ist. Sie haben daher die Aufgabe, dieser neuen Ver Spiegelung sofort auf das allerentschiedenste entgegenzutreten und Beweise zu fordern. Mit so fahrlässigen Behauptungen, daß anderwärts die Ernte gut gewesen sei, dürfen sie sich nicht abspesen lassen. Die ablehnende Haltung, die die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands, bis zum Attentatsversuch auf die Abstimmungsform in Oberschlesien eingenommen hat, mußte natürlich im höchsten Grade verstimmt wirken auf diejenigen Kreise der Entente, in denen der Wunsch der Wahrung des Gedankens war. Aber das darf unsere Regierung und unsere Diplomatie nicht abspieren, ist heute dem gesamten deutschen Volke zu stehen, das mit fester Entschlossenheit die strikte Ablehnung der Abänderungsvorschläge verlangt, die England im Auftrag — anderer Ententemächte vorbringt, wohlgerüstet vorschlägt und nicht zurückgeht, weil ein Verleugern der freien Bestimmungen des Friedensvertrages widerspricht. Man dürfte nicht zögern, wenn man auch die oben erwähnte neueste Ver Spiegelung als ein Druckmittel in dieser Hinsicht aufsaßt.

Auch die Meldung von der Einigkeit der Ministerpräsidenten von England, Frankreich und Italien gibt zu denken. Es liegt natürlich auch hier die Absicht vor, die Welt ganz beson-

ders aufmerksam zu machen auf eine Einigkeit, die zu jeder Zeit betont worden ist — auch wenn sie anderweitig bestritten wurde. Was hätte es sonst für einen Zweck, die Verleugnung des französischen Ministerpräsidenten in alle Welt hinaus zu telegraphieren? In der Völkerverbundangelegenheit ist man ganz anders vorgegangen. Nicht der Völkerverbund oder eines seiner Organe, sondern Argentinien hat dafür Sorge getragen, daß die Absicht dieses Landes vom Völkerverbund, dessen Verhandlungen Argentinien eine schwere Enttäuschung gebracht haben, bekannt geworden ist. Agence Havas und Büro Reuters, die sonst jeden Jauch tragend welcher Ententebestrebungen gestillt werden, haben sich in diesem Falle völlig ausgeschwiegen, anscheinend war hier die Absicht maßgebend, in aller Stille die Verleugung des Konfliktes zu erreichen. Aber Argentinien „sorgt sich nicht“ und sorgte selbst für die publizistische Verbreitung seines Vorgehens gegen den auf dem Papiere so gewaltigen Völkerverbund.

Argentinien war bekanntlich eines der wenigen Länder, die sich nicht in den Krieg gegen Deutschland hegen ließen. Man befürchtet bereits, daß auch andere süd- und mittelamerikanische Staaten dem Beispiele Argentinien folgen werden und damit wäre der schöne Traum vom Völkerverbunde ausgeräumt. An ihn glaubt haben wohl nur die ganz Armen im Geiste. Es war von vornherein vorauszusetzen, daß einer der wichtigsten Programmpunkte, wenn nicht der wichtigste, die Abrüstung der Völker auf starken Widerspruch innerhalb der größten Militär- und Seemächte stoßen würde. Zu allem Ueberflus ver kündet auch noch der neugewählte amerikanische Präsident, daß Amerika nicht daran denke, abzurufen — bevor die anderen nicht abgerufen haben. Und keiner will vorangehen, also wird aus der Abrüstung überhaupt nichts, da der Weltfrieden an irgend einer Stelle immer wieder gestört wird und damit der Vorwand gegeben ist, in starrer Rüstung zu verharren. Man ist auf die weitere Entwicklung des Risses im Völkerverbund sehr gespannt. Die Tatsache, daß jedes Mitglied des Völkerverbundes auf zwei Jahre gebunden ist, will nicht das mindeste besagen, denn Mitglieder, die erst einmal ihren Austritt beschlossen haben, werden in der Zeit, in der sie widerwillig an den Völkerverbund geknüpft sind, wohl kaum irgend eine für ihn ersprießliche Tätigkeit entfalten. Ph. S.

## Die Kriß im Völkerverbund.

Fasel, 6. Dezember. (Eig. Meld.) Die „Reisler Nachrichten“ melden aus Genf: Die Kriß im Völkerverbund ist ausgesprochen erster Ränge. In Kreisen der Völkerverbundsversammlung nimmt man an, daß noch andere Mittel- und Südamerikanische Staaten sich dem Vorgehen Argentinien anschließen könnten. In diesen Kreisen glaubt man, daß, wenn Argentinien noch ein oder zwei andere Staaten folgen, die Kriß des Völkerverbundes dadurch gefährdet würde. Aus der Erklärung der Argentinischen Delegation, Vucheredon, geht hervor, daß die argentinische Regierung noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt hat über ihren Austritt aus dem Völkerverbund, sondern daß sie ihre Delegation bevollmächtigt hat, sich im Falle der Nichtannahme der Entente von dieser Völkerverbundsversammlung zurückzuziehen und abzuweichen, was mit den argentinischen Interessen geschehen wird. Auf die Frage, ob das Ausweichen der Delegation aus der letzten Versammlung zulässig ist, haben sich Argentinien sich vom Völkerverbund ganz zurückziehen soll, was vertretbar ist nach zweijähriger Frist möglich sein würde, hat der Delegierte

## Der Ausweisungstrag Korfahtys abgelehnt?

Genf, 6. Dezember. (Eigene Meldung.) Das „Journal“ erfährt, daß der von deutscher Seite beantragte Ausweisungstrag Korfahtys aus dem ober-schlesischen Abstimmungsgebiet nicht stattgegeben worden sei.

## Grenzspenden für Oberschlesien.

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Meldung.) Die Grenzspendensammlung für Oberschlesien hat in Berlin planmäßig begonnen. Schon um 8 Uhr früh klopfen gestern die ersten Spendenboten an die Türen der Hausbewohner, zum Teil Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten. Im ganzen sind 3000 Jugendliche mit dem Einsammeln auf den Straßen, Plätzen und in den Häusern beschäftigt. Im Schloß Berlin befindet sich das Hauptquartier der Sammlung. Dort drängen sich die Spendenboten, um ihre Besuche, Abzeichen und Büchsen in Empfang zu nehmen. Die Sammlungen werden heute, Montag, mit dem größten Nachdruck betrieben werden. Ein Ueberblick über das Ergebnis ist jedoch vor Mittwochabend nicht möglich. Um die Aufmerksamkeit des Publikums auf die Bedeutung der Sammlung zu lenken, durchführt ein mit Bergknappen bemannter Filmwagen die Straßen und teilt Ansichten von oberschlesischen Dörfern und über die Kohlenförderung und die Hüttenbetriebe aus. Gestern mittags um 12 Uhr fand vor dem Brandenburger Tor ein öffentliches Konzert, am Sonnabend die große Festvorstellung im großen Schauspielhause statt.

Das Fest der Bühnengenossenchaft im Berliner Großen Schauspielhause für die oberschlesische Grenzspende hat einen glänzenden Verlauf genommen. Der „Tag“ spricht von 450 000 Mark Bruttoeinnahme.

## Oberschlesien-Kundgebung in Hannover.

Hannover, 6. Dezember. (Eig. Meld.) Gestern Sonntag fand vor dem Schauspielhaus eine Kundgebung für die Abstimmung in Oberschlesien statt. 20-30 000 Personen nahmen daran teil. Alle Redner protestierten dagegen, daß in dieser wichtigen nationalen Frage durch die Entente unsere Interessen zunächst gemocht werden und daß die ganze Abstimmung verzerrt wird. Die Angelegenheit ist keine parteipolitische, sondern geht jeden Volksgenossen an.

Vucheredon erklärt, er könne darüber noch nichts sagen.

## Im „Reichsstaat“ des Herrn Severino.

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Meldung.) Bei einer Reihe angelegener Bürger der Reise Kellow und Kieckbaum fanden gestern Haus-suchungen nach Rüststoffen über die Gefechte statt. Auch diesmal erfolgte die auf Anordnung des Herrn Severino vorgenommenen Durchsuchungen unter Nichtbeachtung familiärer in der Strafprozessordnung enthaltenen gesetzlichen Vorschriften.

## Schießerei im Dunkeln.

Stettin, 6. Dezember. (Eigene Meldung.) Gestern morgen kam es in dem Stadtviertel am Neuport in Swinemünde zu einer folgenschweren Schießerei zwischen den Soldaten der dortigen Militärabteilung. Die Soldaten glaubten sich in der Dunkelheit von Zivilisten überfallen und beschossen sich gegenseitig. Dabei wurde der Oberleutnant und Batteriechef Hängulin, der unbeteiligt die Straße passierte, durch mehrere Schüsse lebensgefährlich verletzt. Zwei Soldaten erlitten lebensgefährliche Wunden und Lungen-schüsse. Die Swinemünder Kommandantur hat über den unglücklichen Vorfall sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet.

## Die Charlottenburger Sicherheitswehr wehrt sich.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Meldung.) Bei den Haus-suchungen in einer Kaserne der Charlottenburger Sicherheitswehr ist es zu einer geschlossenen Kundgebung der Mannschaften gekommen. In der Kaserne waren große Mengen nichtangenehmer Waffen beschlagnahmt worden. Der Hauptmann wurde zur Aufklärung nach dem Polizeipräsidium geladen. Die Mannschaften erzwangen durch einstimmige Kundgebung die sofortige Wiederfreilassung ihres Hauptmanns. Bei dessen Rückkehr kam es zu neuen Kundgebungen, die im Singen der früheren Nationalhymne gipfelten.

## Beamten-Resistenz im ganzen Reich?

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Meldung.) Die Nichtbewilligung der Beamtenforderungen hat auch in Berlin zu Beratungen der Beamtenausschüsse über entsprechende Maßnahmen geführt. In den gestrigen Sitzungen der Beamtenausschüsse vor die Mehrzahl der Redner sich für sofortige Zwangsmaßnahmen der Beamtenschaft gegen die Regierung (!) ausgesprochen. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt.

Berlin, 6. Dezember. In einer Versammlung der Berliner Postbeamten vom gestrigen Sonntag, die sich mit der Frage der Feuerungszulagen beschäftigte, wurde mitgeteilt, daß der deutsche Beamtenbund beschloß, an seiner Forderung der Feuerungszulagen in voller Höhe festzuhalten, und, wenn diese nicht erfüllt werden sollte, auch vor einem Streik nicht zurückzufahren. Der Reichsverband der Post- und Telegraphenbeamten hat angesichts des Einflusses der Lage seinen gesamten Vorstand nach Berlin einberufen. Die Verammlung der Postbeamten sollte zwar den Antrag auf Eintritt in die politische Resistenz abfordern, aber die Tagesordnung des Zusammenberufens aller Funktionäre, um gegen das Streikrecht der Postbeamten Stellung zu nehmen.

Paris, 6. Dezember. (Eig. Meld.) Die Staatsbeamten der badischen Eisenbahnen haben sich der politischen Resistenz der

Postbeamten zur Erreichung höherer Gehälter und Feuerungszulagen angeschlossen. Mit den Kommunalbeamten Badens sind Verhandlungen über den Aufschub an die Sabotagebewegung im Gange, deren Ausdehnung auf das ganze Reich angestrebt wird.

## Dürftiges Beweismaterial gegen die „Kriegsverbrecher“.

Berlin, 6. Dezember. (Eig. Meldung.) Der Oberstaatsanwalt in Leipzig hat in den letzten Tagen zahlreiche Offiziere und Mannschaften vernommen, die nach Mitteilung der Entente sich im Feindesland Kriegsverbrechen haben zuschulden kommen lassen. Wie wir hören, ist aber das vor der Entente gelieferte Beweismaterial überaus dürftig. Nach der deutschen Strafprozessordnung kann ein Hauptverfahre nur eröffnet werden, wenn die Voruntersuchung einen hinreichenden Verdacht für eine strafbare Handlung ergibt.

## Vor einem neuen polnisch-bolschewistischen Kriege.

Sowjetrußland rüstet zu einem neuen Kriege gegen Polen. Das unterliegt keinem Zweifel und geht sowohl aus der drohenden Sprache der bolschewistischen Presse wie aus zahlreichen Meldungen über das Umherverfahre von Truppenformationen aus der Krime an die polnische Front hervor. Ob die Warschauer Meldungen von der Konzentrierung einer 15 Divisionen starken Armee zwischen Witebsk und Smolensk zutreffend sind und nicht stark übertrieben sind, bleibt dahingestellt. Auf jeden Fall unterliegt die Tatsache von Truppenkonzentrationen keinem Zweifel. Die Frage ist nur die, wie stark die Truppen sind.

Während die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands von Tag zu Tag sich verschlechtert, ist Sowjetrußland militärisch noch nie so stark gewesen wie eben. Nach der Niederlage Wrangels hatte die Sowjetregierung auf europäischem Boden außer lokalen Bauernaufständen nur noch mit vier Gegnern zu rechnen — mit dem General Bulat-Balachowitsch, General Permikin, General Pawlowski und dem Bandenführer Machno.

Bulat-Balachowitsch, der im Rahm von Keshiza-Mojyr-Owruisch operierte und kürzlich Mojyr eroberte, ist laut bolschewistischen Meldungen empfindlich geschwächt und aus der Stadt Mojyr hinausgeworfen worden. Er verfügte über etwa 20 000 Mann, wieviel er nach den letzten Kämpfen gerettet hat, steht nicht fest. Auf jeden Fall ist es verfrüht von einer endgültigen Liquidation der Arme Bulat-Balachowitsch zu sprechen, der sich als ein ausgezeichneter Führer im Vandenkriege erwiesen und selbst bekanntlich längere Zeit in der Roten Armee gedient hat. Was den Generalmajor Permikin anbelangt, der die sogenannte dritte jid-russische Armee führt, die auf 30 000 Mann geschätzt wird, so ist diese Armee so gut wie liquidiert, falls die Polen die Friedensbedingungen tatsächlich einhalten. Permikin ist nämlich nach schweren Kämpfen mit dem ihm an Zahl weit überlegenen bolschewistischen Gegner über den Fluß Ubor zurückgeworfen und auf polnisches Gebiet abgedrängt worden. Hier sind die Truppen Permikins von den Polen vorläufig entwaffnet worden, was mit natürlichem Recht gesagt ist, daß es bei dieser Entwaffnung unbedingt bleibt. Das wird von den weiteren Bescheiden der Entente und von der Stillnahme der polnischen Regierung abhängen, die eben bereits vor der Möglichkeit eines neuen bolschewistischen Angriffes zittert. Die ukrainische Armee des Generals Pawlowski ist gleichfalls vollkommen geschlagen und zieht an die polnische Grenze gedrängt oder zum Teil bei Wolohytsk bereits auf polnisches Gebiet übergetreten.

Was endlich den Vandenführer Machno anbelangt, so ist es unendlich schwer festzustellen, wie stark er eben ist. Machno scheint sich, als die bolschewistischen größere Truppenmengen gegen Wrangel konzentriert, nach Osten zurückgezogen zu haben, soll aber jetzt nach Keshiza-Owruisch wiederum sehr aktiv sein und die Verbindungslinie der Sowjettruppen mit der Krime in Vorbereitung besetzen. Wozu dient es, daß Machno seine Selbständigkeit bis jetzt zu bewahren verstanden hat, was all der Weisungen von seinem Zusammenwirken mit Wrangel, und andererseits der Behauptung der offiziellen „Presse“, daß Machno sich der Sowjetregierung angeschlossen habe.

Die Truppenkonzentrationen der Bolschewisten im Rajon von Witebsk, ferner bei Kamenez-Podolsk, wo gleichfalls gegen 15 Divisionen konzentriert sein sollen und wohin auch die Weiterarmee des bekannten Heerführers Budenny aus der Krime Bewegung gesetzt ist, sprechen ungewissheit für neue großangelegte kriegerische Pläne der Bolschewisten gegen Polen.

## Die Bolschewisten in Armenien.

Paris, 6. Dezember. Nach einer Meldung aus Konstantinopel sollen die bolschewistischen Truppen die Nordostgrenze von Armenien überschritten und in Detsch die Sowjetrepublik ausgerufen, außerdem von den Kemalisten die Räumung von Armenien und der Stadt Kars gefordert haben.

## Cupen-Malmedy.

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Meld.) Aus dem Entschluß des Völkerverbundes zur Frage Cupen-Malmedy erfahren wir: Die deutsche Regierung ist gewillt, sofort nach Bekanntgabe der Entscheidung des Völkerverbundes unverzüglich neue Schritte zu unternehmen. Bis dahin soll die Entscheidung für nicht bindend angesehen werden.

## Generalfreik in Spanien?

Paris, 6. Dezember. Nach Meldungen der Information aus Madrid, hat die Gewerkschaft für den 6. d. Mts. wegen der Zwangsmäßnahme gegen die Arbeiterorganisation und die sozialistische Partei den allgemeinen Ausstand in ganz Spanien angekündigt.

# Colales.

## Miedrowitz und Umgegend.

Die Gabe des Gebens.

Weihnachten naht heran, und die große Zeit des Schenkens im Jahre ist angebrochen. In der Heimlichkeit stiller Stuben und in der heiligen Lieberräucherung ausgewählt, mit denen man seine Lieben am heiligen Abend zu erfreuen gedenkt. Aber wie viel Ueberflüssiges, Unnützes, Sinnloses findet sich dort unter den Weihnachtsgeschenken!

Die „Gabe des Gebens“ ist nicht jedem verlegen; ja, sie findet sich sogar seltener als man glaubt, denn sie ist bedingt durch gewisse Eigenschaften, die gar vielen fehlen. Um das rechte Geschenk auszuwählen, muß man ein gutes Verständnis haben und einen feinen Takt, Güte und vor allem Neigung zu dem, den man erfreuen will. Es ist merkwürdig, daß die reichen Leute so selten Geschenke machen, die erfreuen. Sie glauben, daß mit Geld alles zu erwerben ist; aber man merkt der Gabe an, daß ihr die rechte Weisheit fehlt, und so strahlt sie nicht jenen Reichen von Wärme und Glück aus, der das beweisende Geschenk des Armen so schön und ruhrend macht. Diejenigen, die nicht mit den Gütern dieser Welt begabt sind, für die das Schenken ein seltenes und großes Ereignis ist, sie sind es, die ihre ganze Seele in die Gabe legen, die stets am Geburtstage und feierliche Gelegenheiten denken und die sich bereits lange vorher überlegen, wodurch sie den andern erfreuen können. Vor allem gehört ein gutes Verständnis zu der Kunst des rechten Schenkens.

Wer, ohne zu wissen, was er will, in einen überfüllten Laden tritt und sich dann von der Verkäuferin das erste Beste anschauen läßt, der wird nichts heimbringen, was die Augen des Beschenkten vor Freude glänzen macht und ein seltsames Lächeln auf seine Lippen zaubert. Man muß sich mit aller Kraft und allen Mitgeföhlen in die Persönlichkeit und die Umwelt des Empfängers versetzen, muß mit seinem Auge sehen und wählen, wenn man das beste Geschenk finden will. Nur der hat die Gabe des Gebens, der ihr das Beste mitgibt, was der Geber besitzt, nämlich sein Herz und seine Liebe.

(Die Wirkung des Ueberflüssigen-Abkommens.) Dem Kammer-Dienst wird geschrieben: Die Wirkung des Ueberflüssigen-Abkommens in Oberschlesien, das vor einigen Tagen abgeschlossen wurde, geht aus folgenden Ziffern hervor, die das bekannte Wirtschaftsblatt für den europäischen Handel, „Der Sklerier“, veröffentlicht. Danach betrug die Produktion im ober-schlesischen Kohlenrevier in den Tagen vom 1. bis 15. 11. insgesamt 12.987.777 Tonnen mit einem Durchschnitt von 119.000 täglich. Durch das Ueberflüssigen-Abkommen ist die Leistung der Förderung auf 16.100 Tonnen am 26. November. Allerdings werden einige Werke infolge der mit jedem Tage größer werdenden Heizkosten in der Wagnereinstellung eine Verlingerung der Produktion einleiten müssen. Der Rückgang in der Wagnereinstellung ergibt sich am besten aus folgenden Zahlen: von 8.99 am 15. 11. angeforderten Wagen wurden 7834 gestellt, um auf 6869 von 9088 angeforderten Wagen am 20. 11. zurückzugehen. Der Hauptkahnverand ist daher von 74.969 Tonnen am 15. November, auf 63.178 Tonnen am 20. 11. Bis Anfang des November war wenigstens noch die Schiffsahrt im Gange. Inzwischen eingetretener Frost hat aber auch diese zum Erliegen gebracht.

(Die Feuerungszulagen der Beamten.) Der Kaiserliche Hof des Reichstags, der die Feuerungszulagen der Beamten behandelt, hat den Antrag der Koalitionsparteien auf Zahlung von 100 v. H. Feuerungszulagen zu den Kinderzulagen bei Klasse I 125 v. H., bei Klasse II 100 v. H., bei Klasse III 75 v. H. für die Klassen I und II sowie den Feuerungszulagen für die außerplanmäßigen Beamten angenommen.

(Freigabe der Einfuhr von Salzheringen.) In Anknüpfung an den Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichskabinetts betreffend die Einfuhr von Salzheringen nach dem 15. Dezember d. J. haben Erwägungen der beteiligten Stellen über die freiere Gestaltung der Salzhering-Einfuhr stattgefunden. Im Interesse der Volksernährung ist beschlossen worden, von einer kontingentierten Einfuhr abzusehen und die Einfuhr vom 15. Dezember d. J. bis auf weiteres freizugeben. Eine dahingehende Verordnung wird demnächst erlassen werden.

(Bund oberschlesischer Schwimmbereine.) Die Schwimmbereine in Oberschlesien haben sich zu einem Bund oberschlesischer Schwimmbereine zusammengeschlossen, der im Rahmen des Deutschen Schwimmverbandes seine Tätigkeit ausüben soll. Diese Neugründung soll den Vereinen die Gelegenheit zu starkerer Zusammenarbeit bieten.

(Vom Wetter.) In der zweiten Hälfte der vorigen Woche verlagerte sich der immer noch 777 mm. Höhe übersteigende Kern des Hochs nach weiter nördlich; über Mittel- und Norddeutschland trat ein Minimum ein, das sich nach Ostland zurückzog, ohne daß sich zunächst die Strömungsgebiete über Mitteleuropa völlig ausfüllten. Das trübe, mildere Wetter dauerte infolge dessen weiter fort; in der Nacht zu Donnerstag sahen in Berlin und weiten Teilen Norddeutschlands leichte Schneefälle vor, die diesen Winter in diesem Gebiet, der ersten seit dem letzten Aufbruch bis zum Ende der Woche Bewölkung und Temperatur unverändert; sofern nicht von Westen her eine neue starke Druckabnahme erfolgen sollte, muß mit dem baldigen Wiederbeginn heliener und lauten Hochdruckwetters gerechnet werden.

(Fest, 4. Dezember. (Fest ohne Garnison.) Dieser Tage hat hier aufgeführt, Garnisonstadt zu sein, nachdem es seit dem 2. Juni 1788 ständig eine solche gewesen ist. Nur ein ganz kleiner Rest des Reichswehrbataillons weilt noch zur Erlösung der Abfertigungsbereitschaft in hier.

(Kornpreise, 4. Dezember. (Weizenschlebung im Laßlau.) Ueber eine bereicherte Weizenschlebung berichtet das „Wunst. Stadtbl.“ fol-

# Keine künstlichen Dünger mehr nötig!

Eine neue umwälzende Erfindung für die Landwirtschaft ist die

## Bohn'sche Dünger-Kultur

die es jedem Landwirt ermöglicht, seine natürlichen Dünger (Dung, Mist) vollkommen milde und kostlos um das drei- und mehrfache zu vermehren. Keine Anschaffung von Rohstoffen oder künstlichen Hilfsmitteln nötig, da jeder Landwirt diese für ihn bisher wertlos und jetzt zu diesem Verfahren nötigen Rohstoffe in unerschöpflichem Maße für immer in seinem Anwesen vorrätig hat.

Durch die „Bohn'sche Dünger-Kultur“ kann jeder Landwirt seine Einnahmen und seine Ernte mehr als verdoppeln.

Deutsches Reichspatent. D. R. G. M. und Auslandspatente in allen Kulturstaaten angemeldet.

Das Recht zur Benutzung dieses wertvollen Verfahrens (Lizenz) nebst allen Einzelheiten, wie: Lizenzurkunde, Verfahren und Anleitung zur Ausführung, wird an Jedermann gegen Zahlung einer einmaligen Abfindungssumme von nur 50.- Mark gegen Voreinlegung des Betrages oder Nachnahme oder auf Postcheckkonto 18784 Frankfurt a. M., abgegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß es sich hier nicht um ein belebendes Buch, sondern um das Ausbütungsrecht einer hervorragenden neuen landwirtschaftlichen Erfindung von unschätzbarem Werte handelt, die jeden Landwirt von seiner ärgerlichen Sorge, der „Düngerfrage“, befreit, so ist der Preis in Anbetracht der Verlosungstafel unübertreffliches Geld als ein sehr mäßiger zu betrachten.

Wer das Benütznungsrecht dieses Verfahrens (Lizenz) nicht erworben hat und die Ausführung dennoch betreibt, wird nach dem Patentgesetz bis zu 1 Jahre Gefängnis und 50.000.- Mark Geldbuße bestraft und ist Schadenerschuldiger.

Landwirte! Nicht Euch für die Frühlingsfrucht und bestellt sofort die „Bohn'sche Dünger-Kultur“, wenn Ihr nicht mit Euren Einnahmen hinter Euren Kollegen zurückbleiben wollt!

Garantie: Sofortige Rückzahlung des Betrages, sofern die hier abgebrachte Darstellung den Tatsachen nicht entspricht.

## Deutsche Düngemittel-Industrie

Max Gohn, Wiesbaden, Neralal 14.

(Glogau, 4. Dezember. (Zwei gerissene Beteiligter) hatten vor einiger Zeit zwei Banthäuser um mehr als 100.000 Mark geschädigt. Es waren dies die beiden Ingenieure Paul Schulte-Schreping und Karl Poppinghaus aus Breslau, die sich verbunden hatten, um zunächst den Landeshilfsausschuß in Breslau mit einem fiktiven Geschäft hereinzulegen. Sie legten das angebliche Gebot einer Leipziger Firma mit 2000 Gemeinen vor; der Wohlstand kam zustande und der Landeshilfsausschuß wies die Deutsche Bank in Leipzig zur Zahlung von 50.000 Mark an. Poppinghaus wurde von Schulte bei der Bank als Inhaber der Leipziger Firma legitimiert und erhielt das Geld. Ein ganzer Briefwechsel hatten die Betrüger mit gefälschten Briefbogen und Umschlägen geführt. Einem zweiten auf gleiche Art ausgeführten Betrug fiel das Glogauer Banthaus H. M. Fleschbach zum Opfer. Hier verstanden es die Betrüger, durch ein vorgespiegeltes Geschäft mit Stoffen zu Arbeitsanzügen den Abnehmer zur Anweisung von 54.000 Mark zu bringen, die von der Bank ausgezahlt wurden. In Breslau ist Schulte verhaftet worden. Poppinghaus ist flüchtig. Die Strafammer verurteilte Schulte jetzt zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

(Glogau, 4. Dezember. (Zwei gerissene Beteiligter) hatten vor einiger Zeit zwei Banthäuser um mehr als 100.000 Mark geschädigt. Es waren dies die beiden Ingenieure Paul Schulte-Schreping und Karl Poppinghaus aus Breslau, die sich verbunden hatten, um zunächst den Landeshilfsausschuß in Breslau mit einem fiktiven Geschäft hereinzulegen. Sie legten das angebliche Gebot einer Leipziger Firma mit 2000 Gemeinen vor; der Wohlstand kam zustande und der Landeshilfsausschuß wies die Deutsche Bank in Leipzig zur Zahlung von 50.000 Mark an. Poppinghaus wurde von Schulte bei der Bank als Inhaber der Leipziger Firma legitimiert und erhielt das Geld. Ein ganzer Briefwechsel hatten die Betrüger mit gefälschten Briefbogen und Umschlägen geführt. Einem zweiten auf gleiche Art ausgeführten Betrug fiel das Glogauer Banthaus H. M. Fleschbach zum Opfer. Hier verstanden es die Betrüger, durch ein vorgespiegeltes Geschäft mit Stoffen zu Arbeitsanzügen den Abnehmer zur Anweisung von 54.000 Mark zu bringen, die von der Bank ausgezahlt wurden. In Breslau ist Schulte verhaftet worden. Poppinghaus ist flüchtig. Die Strafammer verurteilte Schulte jetzt zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

## Beuthen und Umgegend.

(Drei Tage Fast für das Kreuz im Gericht.) Wegen Angehöriger vor Gericht ist am Sonnabend ein junger Bursche, der mit einer brennenden Zigarette den Zuhörerraum des hiesigen Schwurgerichts betreten hatte, zu drei Tagen Fast verurteilt und zur Verbüßung der Strafe a. g. sofort abgeführt worden.

(Die gestörte Entleidungskommission.) Nach der beendeten Ausführung der „Missa solennis“, des Beethovenschen Meisterstückes, im Schützenhause blieb am Sonnabend im kleinen Saale eine Gesellschaft von wenigen Damen und Herren zusammen, um die Freude am Erfolge zu feiern und um 12 Uhr nachts einer geschickten Fördlerin des Singvereins zum Wiegenfestes Glück zu wünschen. Mit einem Male stürzten etwa 20 jugendliche Männer in den Saal, die nach Schnaps verlangten. Es gab aber nichts mehr, da der Wirt der polizeiliche hatter Schluss geboten hatte. In dem Hin und Her, das notgedrungenenweise im Dunkeln fortgeführt werden mußte, kam es zu allerlei brennenden Szenen, die durch Energie einzelner glücklich gelöst wurden. Auf dem Wege aus dem Schützenhause nach der Stadt bemerkten die Festteilnehmer, daß mehrere Banditen an einem Fernen Entleidungsbeiseide zu machen im Begriffe waren. Es gelang, das Vorhaben der Unanderen zu verhindern, vornehmlich durch einen Zivilisten, der bereits im Saale nachdrücklich für Ruhe und Ordnung eingetreten war. Wie es sich heute herausstellte, war dieser Zivilist ein Appenzeller, der in den Klentfunden auf dem Marktplatze nachfolgenden Plan beabsichtigt hat:

Ein jugendlicher Bursche besprach in polnischer Sprache die feindlichen Kleider der Damen und schönen Anzüge der Herren, die an der Festausführung teilnahmen. Es wurde beschloffen, Entleidungen vorzunehmen und Geld und Uhren zu rauben. Um diesen Plan auszuführen, ist ein Teil der Bande zu dem Schützenhause gegangen, während der andere Teil auf die Opfer wartete. Die Räuber, denen bereits einzelne Wertstücke in die Hände gefallen waren, hatten aber die Rechnung ohne die Apo gemacht, die verständigt worden war und Wache hielt. Es gelang 2 Angehörige der Bande festzunehmen, die anderen Mitglieder retteten sich durch die Flucht, wobei es auch zu Knallerien kam. Die beiden Festgenommenen gaben an, ihre Wohnung jenseits der Grenze, einer in Sosnowice, zu haben.

## Tarnowitz und Umgegend.

(Eisenbahnraub.) Als sich der Zug, welcher von Tarnowitz nach Beuthen abends 8.35 Uhr fährt, auf der Station Nalio zur Abfahrt in Bewegung setzte, sprangen von der Mauerseite des Zuges 5 maskierte Räuber in ein Wagenabteil 2. Klasse, in welchem ein allein fahrender Herr saß. Unter Vorhalten von Revolvern hinderten diese den Herrn am Schreien und beraubten ihn. Unter Mitnahme von einer Brieftasche mit 3000 Mark Geld, einem goldenen Uhr mit Kette, einem verpackten neuen Anzug und einem Jackett, welches sie dem Herrn ausgezogen hatten, verließen die Räuber bei der Einfahrt in Radzionkau von der Rückseite unerkannt den Zug.

(Fierz: merket uns unser Berichterstatter weiter, daß der Bezaubte ein Kaufmann aus Berlin ist, der in einem hiesigen Hotel abgefallen war und in geschäftlichen Angelegenheiten nach Tarnowitz reisen war. Er sah allein in einem Abteil zweiter Klasse, als zwischen den Stationen Nalio und Radzionkau die vier Banditen, die auf dem Trittbrett des Zuges entlang gelaufen waren plötzlich das Abteil betraten und dem zu Tode Entschloßen die Revolver entgegenhielten. Um nicht erkannt zu werden, hatten die Burschen ihre Hände tief in die Strick gewickelt und den um den Hals gebundenen Schal bis über das Kinn herabgehoben, so daß nur die Augen und die Nase sichtbar waren. Die Burschen trafen im Alter von 20-30 Jahren stehen. Nachdem die Banditen dem Ueberfallenen die rechte Uhr mit Kette abgenommen hatten, mußte er sich nach dem linken Hals und des Kopfes entledigen. Den Kopf haben die Banditen ebenfalls weggenommen, während sie den Ulfen auf beiden des Ueberfallenen wieder zurückgaben. Beim Einlaufen des Zuges auf Station Radzionkau sprangen die Burschen aus dem Zuge und verschwanden spurlos.

## Kirche und Schule.

(Bischof Dr. Eßmann f.) Am Sonnabend abend 1/10 Uhr ist der Bischof Dr. Franz Eßmann, der oberste katholische Geistliche Sachsens, im Alter von 64 Jahren in Bautzen gestorben.

## Gerichtssaal.

(105.000 Mark Geldstrafe für zwei geschmuggelte Pferde.) Das Schöffengericht zu Goch a. Rh. verurteilte den Landwirt Anton N. aus Gilm, der zwei Pferde über die Grenze geschmuggelt hatte, zu sieben Wochen Gefängnis und 105.000 Mark Geldstrafe. Der Wert der geschmuggelten Pferde betrug nur 35.500 Mark.

## Allerlei vom Tage.

Arbeiterentlassungen bei den Reiß-Werken. Infolge Mangels von Aufträgen ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 12.000 der letzten Kriegsjahre auf jetzt nur noch 6000 zurückgegangen. Die Arbeitszeit ist für optische Spezialarbeiter auf 33 Stunden, für ungeschulte und Hilfsarbeiter auf 37 bzw. 42 Stunden in der Woche herabgesetzt worden. Gleichwohl wird in der nächsten Zeit die Entlassung von weiteren 1000 bis 1500 Arbeitern kaum zu umgehen sein.

Die Stadt Berlin zählte nach einer Mitteilung des statistischen Büros des Reichsamt für Ende November 54.795 Arbeitslose. Dies bedeutet eine Steigerung um 1400 Personen gegen den Vormonat.

Aus Doorn wird mitgeteilt: Das Befinden der Kaiserin ist nach wie vor ernst. Am Freitag ist jedoch nach sehr kritischen Tagen eine leichte Besserung eingetreten.

Auf Antrag des Berliner Staatsanwalts wurde der nach der Schweiz geflüchtete frühere Direktor des Ober-Polizeis Virnbörger in der Schweiz verhaftet, als er gerade im Begriff war, nach Monte Carlo zu gehen, um dort die Leitung eines großen Hotels zu übernehmen.

## 250 Mark Belohnung

zahlen wir demjenigen, der uns die am 10. 11. 20 auf dem Wege von Freyengrube nach Beuthen verlorene Latentasche mit Inhalt zurückbringt.

Starkstrom G. m. b. H., Bismarckhütte.

„Bóg zapłać!“  
członkom „Tow. Kółka rolniczego“  
za tak liczny udział przy pogrzebie  
mojego ukochanego męża i naszego  
dobrego ojca  
mistrza rzeźnickiego  
Pawła Derber.  
Miechowice, 6. grudnia 1920.  
Olga Derber i dzieci.

Nachruf!  
Am 5. Dezember 1920 entschlief sanft nach schwerer Krankheit  
kurz vor vollendetem 69. Lebensjahre  
**Herr Pastor Adolf Arps**  
aus Miechowitz.  
Der Verewigte gehörte seit einer Reihe von Jahren dem Schulvorstand und der Schuldeputation unseres Ortes als Mitglied an und hat uns in liebenswürdiger Weise in unserer Arbeit unterstützt. Der von ihm vertretenen Schule war er ein wahrer Freund und Förderer.  
Ehre seinem Andenken!  
Miechowitz, den 6. Dezember 1920.  
Namens des Schulvorstandes und der Schuldeputation  
Der Schulverbandsvorsteher. Dr. Lazarek.

Danksagung!  
Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die Kranzspenden anlässlich des so frühen Hinscheidens meines innig geliebten Gatten, unseres herzensguten Vaters,  
des Fleischermeisters  
**Paul Derber**  
sprechen wir den Mitgliedern des kath. Meistervereins, der Freiwilligen Feuerwehr, der Freien Fleischer-Innung-Beuthen, allen Verwandten und Bekannten auf diesem Wege unseren aufrichtigsten Dank aus. Ganz besonders danken wir der Hochw. Geistlichkeit insbesondere Sr. Hochwürden dem Herrn Pfarrer Lerch für seine trostreichen Worte, mit denen er meinen Gatten und unseren Vater der Ewigkeit übergab.  
Miechowitz, den 6. Dezember 1920.  
Olga Derber geb. Koltoniak  
und Kinder.

Proszę zobaczyć moje  
okna wystawne.

**Wielka  
wyprzedaz ==  
== gwiazdkowa**

w  
**wszystkich towarach kolonialnych!**

**Czekolady, konfiturów,  
cygarów, papierosów  
i tabaki**

oraz

**konserwy, i suszone owoce:  
śliwki, gruszki, jabłka lupione,  
pomerancze, figi, dale, aprikosy,  
mieszany owoc suszony,  
rusynki (duże i małe) mandle itd.**

**tanio do oddania.**

Oprócz tego

**orzechy duże i małe,  
pogańskie krupy,  
mak i konopie  
po niskiej dniowej cenie.**

Ja proszę moich klientelów się zawczasu  
owym towarem zaopatrzyć.

**Benno Weiss**

**Miechowice,**

Tel. 3006. - ul. Hindenburga. - Tel. 3006.

Proszę zobaczyć moje  
okna wystawne.

Bitte beachten Sie  
meine Schaufenster.

**Grosser  
Weihnachts-Verkauf**

in  
**sämtlichen Kolonial-Waren**

**Schokoladen, Confituren,  
Zigarren, Zigaretten  
und Tabake**

sowie

**Konserven und getrocknete Früchte:  
Pflaumen, Birnen, Apfelspalten,  
Pflirsiche, Feigen, Datteln, Aprikosen,  
gemischtes Backobst, Rosinen,  
Sultaninen, Mandeln usw.**

**sehr billig abzugeben.**

Außerdem:

**Hasel, Wall-Nüsse,  
Heide-Gräupe,  
Mohn und Hanf**

zu den billigsten Tagespreisen.

Ich bitte meine Kundschaft sich rechtzeitig  
damit zu versorgen.

**Benno Weiss**

**Miechowitz,**

Telefon 3006. - Hindenburgstraße. - Telefon 3008.

Bitte beachten Sie  
meine Schaufenster.